



Das Publikum hatte viele Fragen, auf welche die Kandidaten auf Geheiß von Moderator Henrik Pröhl möglichst leicht verständlich antworten sollten.

Foto: Henning Leeske

„Warum gibt es Krieg?“

Podiumsdiskussion mit Menschen mit Behinderung

VON HENNING LEESKE

Rotenburg. Wenn Politiker von Menschen mit Behinderung Fragen gestellt bekommen, können die routinierten Redner schon mal leicht in Verlegenheit geraten. Durch die sehr direkten Fragen der Teilnehmer der Podiumsdiskussion im Rotenburger Rathaus blieben den Profis im Politbusiness ihre sonstigen Ausflüchte verwehrt.

So fragte ein Podiumsbesucher den Bundestagsabgeordneten Lars Klingbeil (SPD): „Warum gibt es eigentlich Krieg auf der Welt?“ Eine Frage, auf die Klingbeil ehrlich zugab, dass er darauf keine Antwort habe. Er nannte aber ein beeindruckendes Beispiel eines Gewerkschafters in Asien, den er persönlich kennengelernt hat, der täglich sein Leben riskiere, um für mehr Demokratie in seinem Heimatland zu kämpfen. Daher rief Klingbeil einmütig mit allen anderen Kandidaten auf, zur Wahl zu gehen und die Demokratie auch

hier zu verteidigen.

Mit dem strengen Moderator Henrik Pröhl von den Rotenburger Werken kamen ansonsten viele komplexe Themen, wie zum Beispiel Fracking, Netzausbau, Regenwaldabholzung, Inklusion und das Bundesteilhabegesetz zur Sprache. Dabei sprach sich der FDP-Kandidat Hendrik Jürgens gegen Fracking aus und forderte zusätzlich mehr Kontrolle. „Die Gesundheit der Menschen, die hier wohnen, ist am allerwichtigsten und die Trinkwasserqualität ebenso“, sagte Kathrin Rösel (CDU) zum Thema Fracking.

Die Grünenkandidatin Ellen Gause bezeichnete den Futtermittelanbau für Soja als Verantwortlichen für die Regenwaldabholzung. Agnes Hasenjäger (Die Linke) empfahl daher, mehr heimische Erbsen als Futter zu verwenden und generell weniger Fleisch zu konsumieren.

Etwas vereinfacht dargestellt forderten einige Bewohner der Rotenburger Werke mehr Finanzmittel für ihre Betreuer, worauf die

Kandidaten mit Ausführungen zum Bundesteilhabegesetz eingingen. „Das jeder überall mit dabei sein kann, bedeutet für mich Teilhabe. Ich möchte, dass Menschen mit und ohne Behinderung je nach ihren Möglichkeiten arbeiten und selbstbestimmt leben können. Dafür haben wir mit dem Bundesteilhabegesetz wichtige Grundlagen geschaffen“, erklärte Rösel. Laut Klingbeil würden 766 Millionen Euro durch das Gesetz in diesen Bereich fließen, und „die Arbeit mit Menschen sollte so bezahlt werden, wie die Arbeit bei VW“, forderte er. „Der Staat sollte mehr Geld einsammeln und zugunsten der Behinderten umverteilen“, sagte Hasenjäger. Umverteilung fand auch Jürgens generell richtig, meinte aber die Verschiebung von weniger Bürokratie zu mehr Betreuung durch die Mitarbeiter. Günter Scheunemann von den Freien Wählern forderte Umverteilung zu den Schwächeren der Gesellschaft angesichts der Haushaltsüberschüsse.

Beeindruckend waren auch die

Wortmeldungen von gehörlosen Diskutanten, die mittels Gebärdensprache und Dolmetscher ihre Anliegen vorbrachten. Sie forderten vehement den Ausbau der mobilen Internet-Infrastruktur, um über Handy visuell per Gebärdensprache kommunizieren zu können. Weiter forderten sie, ebenfalls Mittel aus dem Teilhabegesetz zu erhalten, um zum Beispiel Dolmetscherkosten für zwingende Behördengänge ersetzt zu bekommen. Außerdem wurde der Wunsch aufgezeigt, weiter Förderschulen für Gehörlose anzubieten. Rösel bezeichnete es als schlimm, dass die Förderschulen geschlossen werden und sprach sich für eine Wahlfreiheit aus. Klingbeil machte noch viele Berührungspunkte bei Schülern und Eltern beim Thema Inklusion aus und forderte: „Hier muss Politik gestalten“.

Abschließend konnten alle Teilnehmer per Tischtennisball ihre Präferenz zum Ausdruck bringen – ihr Favorit war Klingbeil, dicht gefolgt von Rösel.